

Statt Ratschlag: Video-Konferenz 2  
Samstag, 4. April 2020 16:30 bis 18:00 Uhr  
SÖT-Debatte in Zeiten von Corona

## Panel 2: Globale Finanzmarkt- und Konzernmacht regulieren

Diskussion aus Perspektive der AGen

"Globalisierung & Krieg" - Gabi Bieberstein

"PG Europa" - Peter Wahl

"Energie, Klima, Umwelt" (EKU) - Bernd Liefke

und Regionalgruppen,

wo sie aus dem Fokus ihres Schwerpunktes politische und ökonomische Ansatzmöglichkeiten für ein **kurzfristiges Umsteuern** sowie **längerfristige Ziele** einer SÖT sehen und welche Projekte sie angehen.

**Peter (Beitrag der PG Europa):**

### Optionen für eine SÖT Finanzierung in Europa

Zentralbanken können unendlich viel Geld in Krisenzeiten bereit stellen (die FED hat 2 Billionen ausgeworfen, die EZB 750 Mrd.).

Die sind deswegen erfunden worden als „Lender of Last Resort“ (Kreditgeber der letzten Zuflucht) fungiert die Europäische Zentralbank (EZB) als Mutter aller Zentralbanken der Eurozone .

**Die EZB ist ein Sonderfall, da sie nicht die Zentralbank eines Landes ist, sondern von den 19 Ländern der Eurozone - und deshalb die Bank von niemandem.**

### Unabhängigkeit der EZB

Wie alle Zentralbanken ist auch die EZB unabhängig.

Allerdings unterliegen andere Zentralbanken mehr demokratischer Kontrolle (die FED in den USA durch den Kongress).

**Direkte Staatsfinanzierung ist für die EZB verboten**, was jedoch mit Tricks seit der Eurozone („Whatever it takes“ - Draghi) umgangen wird.

Durch diese Sonderkonstruktion der EZB **wirken Schulden in Euro wie Schulden in einer Fremdwährung**. Dies **führt zu einer dramatischen Schuldensituation bei einigen Euroländern**. Die **besondere Schwierigkeit** ist hierbei die dramatische Einschränkung **der EZB, nicht die grenzenlose Möglichkeit von Zentralbanken zu haben, soviel Geld wie notwendig zur Verfügung stellen zu können**.

Jetzt in der Coronakrise ist es möglich, riesige Schulden in der EU zu machen, wir sehen das in Frankreich liegt bei 180% des BIP, Italien bei mindestens 200% , diese riesige Schuldenlast wäre ein gewaltiges Problem wenn es nicht die EZB als den Lender of last Resort gäbe.

Es ist denkbar solches auch für die SÖT zu machen, wenn eine klimabedingte Notsituation wie etwa eine Umweltkatastrophe eintritt.

**Zwei Optionen** sind bei dieser schwierigen Konstruktion denkbar um aus dem Dilemma der Schuldenproblematik herauszukommen:

1) **Die EZB bekommt ihren eigenen Staat** wie alle anderen Zentralbanken auch, dies wäre die politische Union der „**Vereinigten Staaten von Europa**“. Diese idealistische Perspektive ist im Augenblick wie der Glaube an den Klapperstorch (die Tendenz heute gehe in eine andere Richtung, nämlich hin zur Erosionm Brexit etc.).

Wir könnten dennoch Hilfskonstruktionen fordern, die der EZB eine größere Handlungsmöglichkeit für eine Finanzierung des Kampfes gegen den Klimawandel ermöglichen, damit sie endlos Geld auswerfen kann und **Druck machen, die Satzungen und Statuten** für solche Situationen **zu ändern**.

Sowie **fordern dass die Unabhängigkeit der EZB reduziert wird und eine Form der parlamentarischen Kontrolle gefunden wird**. Eine parlamentarische Kontrolle über die Nationalparlamente sei zu favorisieren gegenüber dem reduzierten Europaparlament. Zudem ist die Eurozone nicht identisch mit der EU. Denkbar wäre eventuell ein spezieller Kontrollausschuss, der aus den Nationalparlamenten zusammengesetzt wird.

Und man müsste der EZB einfach die Möglichkeit der **Schuldenstreichung** eröffnen, oder dass sie Umschuldungen über sehr lange Tilgungszeiten einrichten kann, die vor dem Hintergrund von Wachstum und möglicherweise geringen Zinsen auf eine Schuldenstreichung hinauslaufen.

#### **Aus der Diskussion:**

Das **Europaparlament ist nicht für eine demokratische Kontrolle geeignet** weil nicht alle EU Mitglieder zur Eurozone gehören. Vorschlag: Eine aus den Parlamenten der Eurozone geschaffene rechenschaftspflichtige Kommission kontrolliert die EZB.

Woher soll das Geld der EZB kommen? Seit dem „Whatever it takes“ der jüngsten Finanzkrise bezahlen das die Sparer durch die EZB-Niedrigzinsen und es geht zu Lasten der Sozialsysteme. Potentiell zu erzielende Einnahmen über eine Finanztransaktionssteuer (FTT) oder Vermögenssteuer seien ein Klacks gegenüber den vielen Milliarden und brächten wenig.

Früher wurde Geld gedruckt und heute in den Computer eingegeben. Der entscheidende Faktor beim Geld als fiktive Größe ist das Vertrauen der Gesellschaft bei diesen Riesensummen dass das Geld auch in den Kreislauf hineinkommt. **Das Risiko bei der Geldschöpfung aus dem Nichts** (eine geniale Erfindung) **ist Inflation** (es gibt zuviel Geld und zu wenige Waren). Deshalb funktioniert diese Methode in normalen Zeiten nur in dosierter Form.

Für den Kampf gegen den Klimawandel wären Klimafonds der EZB interessant, dem müssten gegenüber stehen die Finanzierung von z.B. Baumaßnahmen wie Staudämme, Konversion umweltverschmutzender Industrie, etc. . das ginge auch zu normalen Zeiten.

Die Finanzierung der Staatsausgaben über Steuern wie FTT ist noch immer relevant und Mittel der Wahl in normalen Zeiten. Für Attac ist wichtig, dass es nach dem Prinzip der Steuergerechtigkeit geht.

In Notfällen lassen sich Zwangsanleihen machen (bei den Reichen oder progressiv der ganzen Bevölkerung). Das FTT-Projekt zur Staatsfinanzierung sei inzwischen klinisch tot, marginalisiert aufgrund der unterschiedlichen Interessen in der EU. Die EU ist dafür nicht der geeignete Rahmen dafür.

Wären **Eurobonds** eine geeignete Hilfe für die Südländer in Europa, die stark leiden unter der Coronakrise?

Voraussichtlich werde es keine Eurobonds geben, eher einen Kompromiss mit Geschenken und Krediten. Am kommenden Dienstag (7. April) finde ein Video-EU-Gipfel zu dieser Frage statt. Diverse Möglichkeiten gäbe es:

- Eurobonds

- **ESM** (European Stability Mechanism; großer Nachteil in der jetzigen Form: verbunden mit Austeritätskonditionalität, hat u. a. Das Gesundheitswesen in Italien wurde dadurch kaputt gemacht); evtl. sei es denkbar, dass diese Konditionen weggelassen werden

- Vorschlag der (neoliberalen) Niederlande: **Fonds** (10 bis 20 Milliarden) gespeist **aus den Budgets der Mitgliedsstaaten der Eurozone** für medizinisches Gerät und konzipiert nicht als Kredit sondern als Geschenk, Solidaritätsabgabe

- EU-Kommission: 100 Milliarden für **Kurzarbeitergeld** (25% Eigenanteil **aus dem EU-Budget, und** 75% gehebelt, also **aufgenommen an den Finanzmärkten**.) damit die Arbeitslosigkeit in besonders betroffenen Staaten nicht so dramatisch wird wie z. B. in den USA.

- **Coronapaket** der EZB: 150 Milliarden. Wegen der idiotischen Sondersituation der EZB geht das Geld zuerst an Banken und den Privatsektor, die die Staatsanleihen kaufen und in der Folge von der EZB gekauft werden.

Kontroverse auch in Attac: Attac Österreich vertritt die direkte Finanzierung der Mitgliedsstaaten durch die EZB. Der Vorteil wäre, dass die EZB ihre Rolle als Lender of Last Resort ohne Tricks einnehmen könnte. Aber hier gibt es u. a. in der AG Finanzen und Steuern die Furcht vor der Inflation.  
[hier fehlt was in der Aufzeichnung] Dagegen zählten Eurobonds zu den klassischen Finanzmarktinstrumenten, die das Casino einschalten - vergleichbar den Zertifikaten beim Emissionshandel. Diese wären ein falsches Instrument für Solidarität.

Lastenausgleich und Vermögensabgabe damit die kleinen Leute nicht wieder zahlen, könnte vom Verfassungsgericht akzeptiert werden.

##### Aus dem Pad dazu :

1. (europäische) Anleihenfinanzierung

aktuelle **Vorschläge von der Leyen/ Le Maire sind 'Eurobonds'** unter anderem Namen

(NL: 20 Mrd = Almosen, um Nichtstun zu rechtfertigen)

Eigentlich kein großer Schritt, eher **Weiterführung der bisherigen Politik:**

EZB (und damit alle Eurostaaten) garantiert seit 2012 - Zinsen liegen unter Null

Marktakteure verdienen nichts, ist also irrelevant ob EZB (direkt/ indirekt) kauft

=> unter diesen Bedingungen (EZB-Garantie, keine Zinsen) sind Anleihen \*kein\* Marktinstrument und füttern \*nicht\* das Casino

Allerdings ermöglichen 'Eurobonds' o.ä. mehr fiskalische Transfers.

**Bei EZB-Staatsfinanzierung Angst nicht vor Inflation** (diese ist nicht abhängig von Geldmenge, sondern von Nachfrage), sondern vor Zusammenbruch der Währung/ Hyperinflation (bei \*unkontrollierter\* Geldvermehrung ohne Rückzahlungsversprechen).

2. **Steuerfinanzierung** (europäisch koordiniert, um Steuerwettbewerb zu verhindern)

Kurzfristig gibt es **keine Alternative zu Anleihen, da schnell sehr viel Geld benötigt wird**

**Krisenkosten über Steuern "wieder reinholen" (=MMT) ist wichtig => Eindruck 'unkontrollierter' Geldschöpfung vermeiden**

Ziel: **sozial gerechte Steuern**, Geld von Vermögenden und Großkonzernen 'holen'

Es geht um die **Verteilungswirkung** - mit welchen Steuerinstrumenten das erreicht wird (GKS, Erbschafts- und Vermögensteuer, Einkommensteuer...), ist nicht entscheidend.

Frage an uns: Zu welchen Steuern lässt sich eine breite **öffentliche Kampagne starten?**

**Vermögensabgabe** ist sicher eine Option, da **leicht vermittelbar.**

**FTS ist zur Finanzierung ungeeignet**, da sie die eigene Steuerbasis minimieren soll - **Ziel ist Regulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte, nicht Einnahmen** (nb, diese haben wir längst anderweitig 'verplant' für intl. Klimamaßnahmen, Armutsbekämpfung)

## Ende Pad Beitrag ###

**Gabi (Beitrag für die AG Globalisierung und Krieg - AG GuK)**

Zwei Punkte seien für die AG besonders wichtig bei der Coronakrise:

1) Kampf gegen die **zunehmende Barbarei** u. a. des Westens

Die **USA eskalieren** ihre aggressive Politik **contra Venezuela** (Kopfgeld auf Maduro u.a.)  
Völkerrechtswidrige und mörderische **Sanktionen gegen Iran, Syrien, Cuba und Venezuela**, wodurch **viel mehr Tote während der Pandemie** zu befürchten sind

**EU-Libyen Militärmission**, die Seenotretter zu Terroristen macht

Griechenland: Ein das Menschenrecht mißachtender **Umgang mit Flüchtlingen**

US- und NATO-Manöver **Defender 2020**: **wird** doch nicht abgebrochen wegen Corona, sondern verkleinert und **modifiziert**.

DE: Weitere Gesetze werden durchgepeitscht während der Coronakrise - **während die Arbeit des Parlaments eingeschränkt ist**.

- **Beschaffung von Militärflugzeugen** (45 atomwaffentaugliche Kampfflugzeuge Boing, 50 Eurofighter) und **Drohnen**
- **Waffen-Exporte** gehen weiter wie bisher
- **Keine Aufnahme von Geflüchteten** aus den Lagern in Griechenland
- **Üble Zustände in Lagern, Abschiebungszentren**, überall.... und jetzt noch **verschärft durch Coronakrise**.
- **Abschiebungen** gehen unverantwortlich weiter.

2) Kampf für **Grundrechte und Demokratie**

In der Kokreis-Erklärung sei dieses Thematik zu schwach formuliert. Die **Forderung nach Rücknahme der Grundrechts-Einschränkungen** sind viel zu wenig, denn **nur ein Teil der Maßnahmen sei sinnvoll. Manche sind scharf zu kritisieren**.

Schon jetzt seien in **dauerhafte Gesetze gebrannt** bzw. geplant, z.B.

- **Infektionsschutzgesetz**
- Zu beschließende Ländergesetze wie in NRW (**nur teilweise entschärft**): **Verpflichtung u. a. für Pflegekräfte** - und andere - in Krankenhäusern zu arbeiten.
- **in konkreter Planung: Einsatz der Bundeswehr für polizei-ähnliche Aufgaben** gegen die Bevölkerung. Ein solcher Einsatz wäre verfassungswidrig.

Als Attac sollten wir dagegen angehen. **Demokratie und Grundrechte sind wichtige Grundlage für SÖT**, die dürfen nicht zerstört werden. Der Kampf gegen die weitere Militarisierung und den Abbau der Grundrechte ist in den Mittelpunkt zu stellen. Jetzt ist zu fordern, dass Deutschland alle Kriegsbeteiligungen beendet. Denn das Gegenteil passiere: Vor kurzem wurde die **Verstärkung der Syrien- und Irak-Einsätze beschlossen**. Gerade in Zeiten der Krise ist dies ein übles Signale. Die AG wird das alles noch verschriftlichen.

**Aus der Diskussion:**

Ein Plädoyer dafür die Bundeswehr als Verteidigungsinstrument nicht grundsätzlich in Frage zu stellen

Die **Corona-Krise** wird auch zu internationalen Verschiebungen führen. **Die USA werde geschwächt** in ihrer absoluten Spitzenposition aus dieser Krise herausgehen, **China** eine **stärkere** Rolle einnehmen. Die **EU werde wahrscheinlich eher an Bedeutung verlieren**. Zu beobachten ist auch hier ein sich **verschärfender Ton gegenüber Russland und China**. Dies gehe einher mit dem Versuch, ein identitätsstiftendes Narrativ zu entwickeln: **Wir**, die Demokratien **gegen die Autokratien** in der Welt. Diese ideologische Brandmauer diene dazu, den **Geist der Großmacht-Konkurrenz** und -Konflikte aufrecht zu erhalten.

Der **Westen ist kein Hüter der Menschenrechte**. Man achte nur darauf, was im Mittelmeer passiere oder denke an die Wirtschaftssanktionen. Dieser Großmachtkonflikt wird vermutlich die Spannungen weiter eskalieren. **Deshalb** würden auch die **Ausgaben für Rüstung so gesteigert**. Als Attac sollten wir die **Forderung nach Einstellung der Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte und Konversion** in zivile Produktion stellen.

## Bernd (Input für AG Energie, Klima, Umwelt - EKU-AG)

Bei der aktuellen Entwicklung fragen sich viele, **ob Corona vielleicht gut für das Klima wäre**. Jedoch gebe es **bei Corona ein „Nach der Krise“, nicht aber bei der Klimakrise, und gegen diese hilft auch keine Impfung und kein zu Hause bleiben**. Und gegen Umweltveränderungen sind die meisten Bewohner der Industrieländer geschützt.

In der Coronakrise **zeigt sich die Macht des Staates**, der z.B. Großkonzerne an die Kandare nehmen kann. **Jedoch bleiben die Strukturen wahrscheinlich dieselben**, ähnlich wie nach der Finanzkrise. **Es wird vermutlich Überkompensationen (von Treibhausgasen) geben** – wie nach der Finanzkrise.

Andererseits vergrößere sich die soziale Ungleichheit gerade enorm, ist nicht im Sinn von Klimagerechtigkeit und ist nicht das was wir uns u. a. unter Degrowth vorstellen. Die Behauptung, es sei kein Geld vorhanden sei oder der Staat könne nicht verbieten sei inzwischen lächerlich geworden.

Sehr **autoritäre Maßnahmen** würden derzeit vorgenommen. Wenn wir fordern dass der Staat **auch im Ökobereich** durchgreift soll **kann das auch gefährlich werden** (es gibt auch „rechte“ Ökologen).

Über (nachbarschaftliche) Solidarität wird viel gesprochen, **Care Arbeit und Gesundheit sind wichtige Wirtschaftsbereiche**, vergleichsweise unwichtig sind Autoproduktion und Kohlekraft u. a..

In Bezug auf die Demokratiefrage sind Proteste gegen **Grundrechtsverletzungen** wichtig. Leider gibt es offenbar **wenig** Diskussionen darüber und **Widerstand** dagegen.

Perspektiven: Vor der Corona Krise hat sich in der Klimafrage einiges in der öffentlichen Wahrnehmung getan, daran lässt sich anknüpfen. Bei dem starken Einfluss der Energiekonzerne auf die (lächerlichen) Ergebnisse der „Kohlekommission“ ist wieder deutlich geworden wie wichtig die Forderung „Energiekonzerne in öffentliche Hand“ ist. Und die EZB sollte die Förderung umweltschädlicher Projekte einstellen .

## Aus der Diskussion

Zum Thema Klima: **Primat der Wissenschaft** ist in der Corona Krise deutlich geworden

**Öffentlicher Nahverkehr Ausbau** ist in der Corona Krise **noch wichtiger geworden** weil jetzt die Züge immer noch voll sind.

Diskutiert wurde das Vorgehen der Polizei bei der **Durchsetzung von Maßnahmen wie Versammlungsverboten**, das würde **oft über das Ziel hinausschießen** - Frage nach dem Ermessensspielraum der Polizei im Hinblick auf Sinnhaftigkeit und der demokratischen Kontrolle. Es sind die weitgehenden Kompetenzen der Polizei beunruhigend.

Die Polizei sollte einen Ermessensspielraum bei exekutiven Anordnungen haben.

Gegenmeinung: Die **Polizei sollte auf keinen Fall einen Ermessensspielraum haben**. Es kommt auf die Regeln an, **es darf nur Verbote geben, die sinnvoll seien** (z.B. Ansammlung größerer Gruppen). Beispielsweise ist es nicht gefährlich, alleine auf einer Parkbank zu sitzen.

Leute auf Parkbänken können durchaus ein Problem sein.

Unterscheiden welche **Bekämpfungsmaßnahmen** sinnvoll sind und wo **Vorwand für z.B. Notstandsgesetze** auszuprobieren **oder den Einsatz der Bundeswehr im Inneren** durchzusetzen. Es gibt **Warnungen vor einer „Erosion des Rechtsstaates“** (Papier, ehemaliger Verfassungsrichter), **„Gesellschaft und Demokratie dürfen bei der Bekämpfung von Corona nicht sterben“** (H. Prantl). Es passieren dramatische Sachen, wesentlich mehr als vom Kokreis gesagt.

Wer hat ein Auge darauf, wie kann **kontrolliert** werden, **wofür wieviel Geld ausgegeben wird?** Da wird kaum drüber gesprochen. **Nicht z. B. die Gewinne und Entschädigungen** für Aktionäre damit finanzieren **die gar nicht in den Wirtschafts - Kreislauf zurückfließen, sondern die Grundbedürfnisse** (Wohnen, Essen, Trinken), und was solidarisch nötig ist, dann sind auch nicht so viele hunderte von Milliarden notwendig. Es ist auch unfair dass die Reichen aus dem solidarischen Fond so viel kriegen. Die die wenig haben u. a. Pflegekräfte die evtl. auch krank ausfallen kriegen wieder so wenig.

Bei den Schutzmaßnahmen gibt es **fragwürdige Regelungen**. Sehr oft seien die Regelungen ganz klar **politische Unterdrückung** (Frau mit Plakat wird belangt).

Wichtiger ist anzuprangern: Das Pflegepersonal hat nicht mal genügend Mittel, sich und andere zu schützen. Es wird gesagt, **man schützt das Leben und akzeptiert zur gleichen Zeit, dass Menschen durch solche rabiatischen Maßnahmen hinunter fallen und kaputt gehen**, auch in Deutschland.

**Es müsste doch überlegt werden: Wie schaffen wir es, dass das Gefälle nicht so weit auseinander geht?**

Da interessieren starke Regelungen überhaupt nicht.

Wir sollten überlegen, wie wir als Attac trotzdem an die Öffentlichkeit gehen.

Das **nach oben umverteilte Geld** ist nicht futsch sondern geht in den Finanzmarkt und **verursacht die nächste Zockerkrise**.

Die **Fixkostenproblem** der Unternehmen **weil wir eine Angebotswirtschaft haben**, die laufen weiter dagegen kann man sich nicht versichern, das wird nicht ausgeglichen, lässt sich auch nicht durch erhöhte Preise wieder reinholen.

Es gebe eine erhebliche Diskrepanz: Einerseits würden **drakonische Maßnahmen** verordnet, **andererseits** sollen Menschen in **unsinniger Produktion** arbeiten - **in überfüllten Produktionsstätten und bei überfülltem Nahverkehr** in der Rush Hour (weil Fahrten verringert wurden).

**Dagegen haben Italien und Spanien überflüssige Firmen geschlossen** - wie es in China auch gemacht wurde, **müsste hier auch gemacht werden**. Sonst ist es nur halb glaubwürdig.

[Verwoben mit einem Beitrag aus dem Pad:]

Wir sind ja schon immer **gegen die neoliberale Globalisierung**, gegen **ausufernden Warenverkehr und gegen Freihandelsabkommen als besonders klimaschädliche Faktoren**.

Das alles könnte jetzt eine neue Qualität bekommen, es **tun sich ganz neue, tendenziell systemsprengende Aspekte auf**, wenn wir fragen:

**Welche Produktion ist wichtig und nötig** - und welche nicht? Welches Unternehmen stellt die Gebrauchswerte her, die wir brauchen und wollen und welches produziert nur für schönen Profit? Da Reingrätschen: Wollen wir die Freiheit des (kapitalistischen) Eigentums weiter hinnehmen über die Produktion zu entscheiden? Wer darf in der Corona Krise seinen Betrieb wieder aufmachen, und **sollen Daimler und VW z. B. ÖPNV-Busse und eBikes statt Familienpanzer herstellen, oder wollen wir lieber in ihren Hallen Tennis spielen?** Die langfristige Forderung nach einer sozial-ökologisch-ökonomischen Transformation (SÖÖT) erheben, wie im Papier von Hans Müller im Reader thematisiert. „System Change – not climate change“ klingt gut, aber bisher kann im „emanzipatorischen Lager“ [... oft] von einer konkreten Systemalternative ... nicht die Rede sein.“ (Horst Müller S. 39)

Wollen und können wir uns, über Tagesforderungen hinaus als konkrete Utopie, **eine „sozialistische Marktwirtschaft“ (Horst Müller, S. 42) vorstellen?**

**Heute wird viel schneller nach Staatshilfen gerufen als in früheren Krisen**. Die Unternehmen rufen außerdem normalerweise immer nach Steuersenkungen...

Im Einzelfall werde es Krisengewinner geben. Insgesamt aber stellt diese Krise die schwerste Erschütterung des Kapitalismus seit dem 2. Weltkrieg dar. Das **Modell des neoliberalen Kapitalismus steht** aktuell gewaltig **auf der Kippe**. Deshalb werden auch ein paar Massnahmen zugunsten der Subalternen ergriffen wie etwa das 40-Milliarden-Paket für Ich-AGs und kleinere Betriebe der BRD. Sozial Schwache und andere Verwundbare werden am meisten unter der Krise leiden.

In Frankreich ist die Entwicklung noch viel ausgeprägter. Es gibt **Ankündigungen, dass Privatisierungen zurückgenommen würden**.

Vermutlich wird es eine **selektive Deglobalisierung** geben, z.B. Rückverlagerungen, interessant besonders bei der Pharmaindustrie.

Es werde eine **Verschiebung innerhalb der verschiedenen Sektoren des Kapitalismus** eintreten.

Die großen Gewinner werden die Digital- und die Überwachungsindustrie sein.

Wir werden dramatische Verschiebungen innerhalb des Kapitalismus sehen, mit erheblichen Folgen und Verwerfungen im sozialen Bereich und **Verschiebungen in den internationalen Beziehungen**.

Die große Herausforderung für uns als Attac ist, diese Entwicklungen intellektuell und analytisch zu verarbeiten und gleichzeitig unsere Chance wahrzunehmen, diese Veränderungen als **Anknüpfungspunkte** zu nutzen. Dazu zähle:

a) Kapitalismuskritik

b) Aufgreifen als progressive Elemente, was als Vorschein von **solidarischen Maßnahmen** zu Tage kommt, z.B. **Verstaatlichung oder Rückverlagerung**

Hier stünden wir noch ganz am Anfang - wie auch alle anderen. Automatisch wird es nicht zu einer Wende zum Progressiven und Emanzipatorischen kommen. **Vieles wird sich ändern, damit alles beim Alten bleibt**. Zu überlegen sei, wie man nicht zurückkommt zur kapitalistischen-neoliberalen ausbeuterischen „Normalität“, die Menschen vergessen erduldeten Leiden schnell und wollen zum Vorherigen zurück.

Die Krise und eine sinnlich plausibilisierten Infrage Stellung sei praktisch erfahrbar für alle. Die Corona-Krise zeigt aber auch, dass es ist auch möglich ist, ohne SUV-Produktion, Markenklamotten ohne gewaltig viele Flugreisen, etc. auszukommen - zumindest für kurze Zeit.

Eine **Produkt-Konversion ist möglich** anders als oft behauptet, wie sich z.B. bei der Herstellung von T Shirts auf Atemschutzmasken oder Autos auf Atemgeräte zeigt. Dies sind aktuelle **Anknüpfungspunkte** für unsere Umbau Forderungen die wir nutzen sollten. Andererseits laufe dies contra Kapital-Interessen entgegen, die schon jetzt für die Ausetzung von Klimaschutzmaßnahmen und den Status Quo oder schlimmeres lobbyieren. Das Thema der **Relokalisierung leuchte den Leuten aktuell ein**.

**Verhindern die Freihandelsabkommen nicht eine Relokalisierung oder Unterstützung einzelner Unternehmen oder Branchen?**

Das **hängt davon ab ob CETA ratifiziert wird**. Wenn nicht gibt es damit auch andere Gründe Abkommen abzulehnen.

Die meisten wollen zum vorherigen Zustand zurück. Viele haben **mehr Angst vor eine Rezession als vor der Ökokrise** z. B.. Das liegt auch daran dass wir eine **Alternative** noch **nicht** so **deutlich** darstellen können.

**Zu den Freihandelsabkommen und der rechtlichen Frage: Trump kann auf eine Art Kriegsgesetz zurückgreifen** um einen Großkonzern zu was zu verpflichten, **bei der WTO gibt es für alles Ausnahmeregelungen** für große Krisen. Es ist ein politischer Machtkampf.

Es eröffnet sich aktuell Fenster für Umwälzungen durch die Coronakrise. **In Frankreich** gibt es eine **Erklärung von vielen Organisationen** (Gewerkschaften, Bauern, Umweltverbände, attac Frankreich...), die sagen **durch die massiven Eingriffe in die Wirtschaft können wir Produktion, Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen neu ausrichten**. Die Normalität ist das Problem.

Die Erfahrung von vielen ist katastrophal, die Lage wird als existenzbedrohend empfunden. Zudem werden soziale Bindungen gekappt, z. b. bei älteren Leuten. Soziale Folgen müssen später wettgemacht werden. Wo sind **Rettungsanker für Menschen in Existenznöten**? Sind wir das oder bauen sich z. B. Rechtsradikale auf?

[??? nicht verstandener Beitrag: ] Freihandelsverträge werden immer dann schwierig wenn man zu lang zum Defizit Staat wird

und man keinen Ausgleich herstellen kann der immer gerecht ist. Wenn man zum Defizit Land wird und die anderen